

schieht, von der man so viel redet, über die so viel geforscht wird, von der man so viel erhofft und fürchtet. Der Gebrauch dieser gewaltigen Energie zu friedlichen Zwecken bildet den Gegenstand ständiger sorgsamer Forschungen, zu denen Unsere Segenswünsche zugleich mit der Zustimmung und dem Beifall jeder aufrichtigen Seele und jedes zivilisierten Volkes hingehen. Ihre Benutzung zu Transportzwecken, die den Austausch der Rohstoffe zur Verteilung an alle Mitglieder der großen Menschheitsfamilie erheblich erleichtern und beschleunigen werden; die Anwendung der radioaktiven Isotopen zur Erkenntnis biologischer Fakten, zur Heilung schwerer Krankheiten, in der Technik besonderer industrieller Vorgänge; die Energieproduktion in den Atomzentralen: das alles eröffnet der Geschichte des Menschengeschlechts neue und wunderbare Horizonte. Doch jedermann weiß, daß andere Verwendungsmöglichkeiten gesucht und gefunden werden, die zu Zerstörung und Tod führen. Und welch einem Tod! Jeder Tag ist ein trauriger Schritt weiter auf diesem tragischen Weg, ein Wettlauf, um zuerst, allein, als Bester anzukommen. Und das Menschengeschlecht verliert fast die Hoffnung, daß es möglich sein wird, diesem menschenmörderischen und selbstmörderischen Wahnsinn

Einhalt zu gebieten. Angst und Entsetzen werden noch gesteigert durch die modernen ferngesteuerten Geschosse, die enorme Distanzen erreichen können, um dorthin durch die Atomwaffen die vollständige Vernichtung von Menschen und Dingen zu tragen.

Damit aber die Völker auf ihrem Lauf zum Abgrund hin einhalten, erheben wir nochmals Unsere Stimme und flehen das Licht und die Kraft des auferstandenen Herrn auf die herab, die die Geschicke der Völker lenken. Das heutige Osterfest sei eine Botschaft des Glaubens, eine Botschaft des Friedens für alle Menschen, für deren Heil in Zeit und Ewigkeit Christus sein Leben hingab. Möge diese doppelte Botschaft alle Seelen erreichen und ihnen Trost und Hoffnung geben; möge diese Hoffnung wie eine Blume unter der Sonne der Gerechtigkeit, Jesus, aufblühen und in kurzer Zeit zur echten Frucht vollkommener Gerechtigkeit und brüderlicher Eintracht reifen! Mit diesen Wünschen, die Wir dem auferstandenen Herrn als Unser und euer Gebet darbringen, erteilen Wir euch, die ihr hier anwesend seid, und all unseren geliebten Söhnen und Töchtern, die im Geist mit Uns vereint sind, insbesondere den Armen und Leidenden, Unsern Apostolischen Segen.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Die unterentwickelten Länder und der Westen

Am 19. März 1956 hat der Präsident der Vereinigten Staaten das Programm für die Auslandshilfe der USA bekanntgegeben. Eisenhower verlangt danach für das Jahr 1956 neue Kredite in der Höhe von 4,85 Milliarden Dollars, das sind etwa zwei Milliarden mehr als im vergangenen Jahr. Von dieser Summe sollen im nächsten Rechnungsjahr nur 4,3 Milliarden ausgegeben werden. (Die restliche halbe Milliarde dient der Finanzierung künftiger Lieferungen.) Das Schwergewicht der amerikanischen Auslandshilfe liegt wie auch in den vergangenen Jahren auf der Rüstungshilfe für die Alliierten der Vereinigten Staaten. Zu diesem Zweck sind etwa 3 Milliarden bestimmt. Weitere 1,13 Milliarden dienen der Budgethilfe an Alliierte. Der Rest ist für wirtschaftliche und technische Hilfen vorgesehen. Dem Präsidenten stehen drei Sonderfonds von je 100 Millionen für den allgemeinen Gebrauch, für Asien und den Vorderen Orient zur Verfügung. Von den restlichen Mitteln sollen jährlich rund 100 Millionen für langfristige Projekte bis auf die Dauer von zehn Jahren verbraucht werden.

Dieses Programm stellt bis zur Stunde nicht mehr als eine Forderung Eisenhowers dar. Der Kongreß hat darüber noch nicht befunden. Man rechnet jedoch damit, daß, abgesehen von einzelnen Abstrichen, das Programm verwirklicht werden kann. Bemerkenswert ist freilich, daß die Botschaft Eisenhowers im Kongreß keine gute Aufnahme gefunden hat. Erstens hält man die Kreditforderungen für zu hoch, zweitens ist man damit nicht einverstanden, daß der Hauptanteil der Rüstung dienen soll, und schließlich haben sich mehrere Senatoren gegen langfristige finanzielle Bindungen ausgesprochen.

Eisenhower hat sein Programm mit dem Schwerpunkt der Rüstungshilfe im politischen Teil seiner Botschaft be-

gründet: Die Sowjetpolitik habe sich auf Grund des bisherigen amerikanischen Auslandshilfsprogrammes umstellen müssen. Die Sowjets verzichteten — mindestens heute — auf Aggression und Gewalt und versuchten, handelspolitisch vorzustoßen. Das neue sowjetische Programm — Eisenhower sprach von „Manöver“ — habe gewisse Aspekte eines normalen Handelsgeschäftes und der wirtschaftlichen Konkurrenz. Es sei zu begrüßen, daß die Sowjets ihre Politik der Drohung und Gewalt vorübergehend einstellten, indessen dürfe man nicht übersehen, daß die gewaltige russische Rüstung nicht nur nicht aufgegeben, sondern im Gegenteil noch weiter ausgebaut würde. Die Drohung, die darin liege, werfe ihren Schatten über die ganze Welt. Daher dürfe die Freie Welt in ihren Anstrengungen um die Verteidigung nicht nachlassen. Die neue Politik der Sowjets gehe darauf aus, politische und wirtschaftliche Schwächen auszubuten, wie die Waffenlieferungen in den Mittleren Osten beweisen. Daraus müsse geschlossen werden, daß der sowjetische Expansionismus heute lediglich in einer neuen Form seine alten Ziele verfolge: die Beherrschung der Freien Länder (nach „Neue Zürcher Zeitung“, 21. 3. 56).

Die Worte Eisenhowers umreißen in etwa die Schwierigkeit der gegenwärtigen Weltpolitik für die westlichen Länder unter der Führung der USA: einmal gegenüber dem östlichen Gegenspieler militärisch nicht schwächer werden zu dürfen, zum anderen seinen neuen „Manövern“ einer wirtschaftlichen Expansion folgen zu müssen. Das Objekt, um das beide Weltmächte hierbei ringen und dessen „Vereinnahmung“ jedem der beiden Gegner einen gewaltigen Zuwachs an Machtpotential bescherte, sind heute die Länder der Welt, die auf Grund ihrer Übervölkerung wie ihrer politisch, wirtschaftlich und sozial unzulänglichen Verhältnisse auf eine wirksame Hilfe von außen angewiesen sind. Es sind dies die sogenannten unterentwickelten Länder.

Die Probleme dieser Länder sind unseren Lesern seit längerem bekannt. Ihre besonderen Merkmale hat die Herder-Korrespondenz (7. Jhg., S. 323 ff.) mit folgenden Stichworten umrissen: hohe Sterblichkeit, starke Geburtenzahl, ungenügende Ernährung, hohe Analphabetenzahl, stark überwiegend landwirtschaftliche Bevölkerung, Unterbeschäftigung aus Mangel an Arbeitsgelegenheiten, Unterdrückung der Frauen, Kinderarbeit, Fehlen eines Mittelstandes, autoritäres Regime. Als ihr auffälligstes Kennzeichen kann man das Mißverhältnis zwischen hoher Bevölkerungszahl und nichtentwickelter Volkswirtschaft bezeichnen. Die Hauptgebiete dieser Länder sind heute: Süd- und Mittelamerika, Afrika, in Europa Spanien, Süditalien und Griechenland, der Vordere und Mittlere Orient, Indien, China, Japan, Vietnam, Malaya, Indonesien. Die Masse der Erdbevölkerung lebt demnach heute in den unterentwickelten Ländern.

Die Leistungen der Amerikaner

Wir haben zu Anfang dieses Aufsatzes ausführlich auf die Zahlen des US-amerikanischen Programmes für die Auslandshilfe hingewiesen, um zu zeigen, welcher finanziellen Leistungen ein Volk fähig ist, dessen Führer die Notwendigkeit zur Solidarität der Völker in einer zweigeteilten Welt erkannt haben, in der — häufig im Gegensatz zu den Wunschbildern des einzelnen — für eine „nationale Politik“ und eine „autarke Wirtschaft“ kein Platz mehr ist. Den Amerikanern kommt unbestreitbar das Verdienst zu, diese Idee der Solidarität nach 1945 verwirklicht zu haben. Ohne ihre finanziellen Aufwendungen und Opfer wäre der wirtschaftliche Wiederaufstieg der europäischen Länder nach 1945 sicher nicht so schnell vor sich gegangen. Anton Böhm hat in „Wort und Wahrheit“ (Februar 1956, S. 85—108) die Leistungen der Amerikaner für die verschiedenen Auslandshilfen zusammengestellt. Danach wurden über die UNRRA 3 Milliarden Dollars verteilt, über den sogenannten Marshall-Plan, das europäische Wiederaufbauprogramm (ERP), 13,5 Milliarden. Ein speziell für die unterentwickelten Länder gedachtes Hilfsprogramm wurde jedoch erst 1949 mit dem sogenannten „Punkt-Vier-Programm“ unter Präsident Truman entwickelt. Dieses Programm hat die daran geknüpften Erwartungen — das ist die Meinung der meisten Experten — in keiner Weise erfüllt.

Mangelndes Interesse des Westens?

Weshalb nicht? — Einer der Gründe ist sicher — wie Eisenhower in seiner Rede vom 19. 3. ausführte — die Notwendigkeit für die Freie Welt, in ihren Rüstungsanstrengungen gegenüber den Sowjets nicht nachzulassen. Die Summe, die die Vereinigten Staaten zwischen 1941 und 1955 für Rüstungshilfen aufgewendet haben, erreicht ca. 75 Milliarden Dollars. Die restlichen 25 Milliarden der während der letzten 14 Jahre von den USA für „Fremdzwecke“ aufgewandten 100 Milliarden dienten weitgehend dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Nachdem diese nun sich wieder konsolidiert hat, könnte man annehmen, daß die Amerikaner ihre Hilfe in einem ähnlichen, wenn auch auf Grund der weltpolitischen Lage vielleicht bescheideneren Ausmaß den Wirtschaften der heute von den Sowjets umworbenen unterentwickelten Länder zuwendeten. Das ist jedoch — was das Ausmaß der Hilfen anbelangt — nicht der Fall. Einmal, wie schon gesagt, weil die Aufwendungen für den amerikanischen

Rüstungsblock seit dem Koreakrieg wieder gestiegen sind, zum anderen, weil die Amerikaner feststellen müssen, daß die wirtschaftlich wiedererstarteten europäischen Länder nur wenig Lust zeigen, für die gemeinsamen Interessen der Freien Welt Opfer zu bringen.

Den Vorschlag nun, die Amerikaner dürften trotz der Kurzsichtigkeit und Unvernunft einzelner europäischer Staaten in ihren Anstrengungen gegenüber dem heute weltpolitisch drängendsten Problem der unterentwickelten Länder nicht nachlassen und notfalls die gewaltigen Summen für die militärische Rüstung ihrer Verbündeten zur wirtschaftlichen Erschließung dieser Länder verwenden, hält der Präsident der Bevölkerungskommission der Vereinten Nationen, Alfred Sauvy (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 324) für eine Utopie: auch diese Summen reichten bei weitem nicht aus. Sie erhöhten nur die Schwierigkeiten in diesen Ländern. Demgegenüber steht jedoch die Meinung der Sachverständigen, die auf dem 2. Internationalen Kongreß für Bevölkerungswissenschaft in Rom (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 151) erklärten, unter den heute gegebenen demographischen Verhältnissen (die Bevölkerung der Welt vermehrt sich täglich um 85 000 Menschen) sei es durchaus möglich, die Produktion von Getreide um 50, von Fleisch um 70, von Milcherzeugnissen um 75 und von Fisch um 90 Prozent zu steigern — das sind die errechneten Sätze für eine ausreichende Ernährung der Weltbevölkerung —, wenn die kapitalkräftigen Länder sich bereit erklärten, wenigstens 20 Milliarden Dollars im Jahre, also 5% ihres Sozialprodukts, zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen. Gemessen an den allein von den Amerikanern in den Jahren nach 1945 geleisteten wirtschaftlichen Hilfen für die europäischen Länder dürfte die Annahme nicht vermessen sein, daß es bei Zusammenfassung der Kräfte aller kapitalstarken Länder der westlichen Welt möglich sein sollte, der genannten Summe von 20 Milliarden jährlich sich anzunähern. Voraussetzung dafür ist freilich, daß die weißen Völker davon überzeugt sind, daß dieses Opfer allein ihnen in Zukunft ein Leben in Freiheit garantieren kann.

Die Tatsache, daß die wirtschaftliche Hilfe für die unterentwickelten Länder fast auf dem Nullpunkt angelangt ist, läßt vermuten, daß offenbar weder die Amerikaner noch die europäischen Völker an ihr wesentlich interessiert sind.

Psychologische Schwierigkeiten bei den unterentwickelten Völkern

Michael Heilperin, Genf, hat in einem Vortrag in Zürich jedoch darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen einer Bona-fide-Politik auf seiten der unterentwickelten Länder fehlen. Mit anderen Worten: Man mißtraut den unterentwickelten Ländern, und zwar nicht nur, daß sie mit den ihnen überlassenen Kapitalgütern nicht sachgemäß umgehen können, daß der Staatsinterventionismus und damit -protektionismus immer mehr zunehmen, während die Entwicklung der Grundproduktionen darüber vernachlässigt wird — was in den letzten zehn Jahren öfters der Fall war —, sondern ganz allgemein so, daß die heute in allen Ländern Afrikas und Asiens stürmische Welle des Nationalismus verhindern wird, daß der Westen das, was er zur Entwicklung in die unterentwickelten Länder hineinsteckt, zurückbekommen wird. Jedes dieser Länder hat heute — zumindest theoretisch — die Möglichkeit, sich einem der beiden Weltblöcke anzuschließen

und mit ihm „zusammenzuarbeiten“. Jedes der Länder, das sich heute für eine Zusammenarbeit mit dem Westen entschlossen hat, könnte eines Tages in das Lager des Gegners übergehen (während der umgekehrte Vorgang fast unmöglich ist). Ob die zur Zeit in Asien verbreitete Idee einer „dritten neutralen“ Macht auf die Dauer lebenskräftig sein wird, muß die Zukunft lehren. Aber auch in diesem Falle wird jede Zusammenarbeit, die nach Abhängigkeit vom Westen aussieht und an den alten Kolonialismus auch nur entfernt erinnert, abgelehnt. Wir wissen aus den Reden asiatischer Staatsmänner, vor allem Nehrus, daß sie die technische Hilfe des Westens gern annehmen, um ihre neugewonnene Unabhängigkeit zu konsolidieren. (Ähnliches gilt für Ceylon, Indonesien, die jetzt unabhängigen Malayen, ja sogar für Japan, wie Jacques Chéroy in „Arbor“, Nr. 122, Februar 1956, S. 229—243, nachgewiesen hat). Es ist offenbar nicht so, daß die Frage der unterentwickelten Länder sich allein durch eine Solidaraktion der kapitalkräftigen Länder des Westens lösen ließe. Die psychologischen Widerstände unter diesen Völkern gegenüber den vor nicht langer Zeit imperialistisch herrschenden Kolonialmächten sind außerordentlich groß. Das heißt jedoch nicht, daß der Westen auf Grund dieser Schwierigkeiten von seiten der unterentwickelten Länder auf die gemeinsame Aktion zu deren Gunsten verzichten dürfte, wenn er nicht will, daß diese Länder in ihrer Not sich an die Sowjets wenden, die sie eines Tages in irgendeiner Form in ihr System eingliedern würden.

Eine neue Politik der Vereinigten Staaten?

Damit der derzeitige tote Punkt in den Beziehungen zwischen den unterentwickelten Ländern und dem Westen überwunden werden kann, muß also zwischen den Partnern Vertrauen geschaffen werden. Anzeichen dafür meinen einige Beobachter feststellen zu können. Auf seiner letzten Asienreise im März erklärte der amerikanische Staatssekretär John Foster Dulles in Neu-Delhi, die amerikanische Wirtschaftshilfe für den indischen Fünfjahresplan würde beträchtlich gesteigert werden. In Djakarta sagte Dulles, niemand brauche sich einem westlichen Sicherheitspakt, einer Militärallianz, anzuschließen, um in den Genuß amerikanischer Hilfe zu kommen. Ja er ging sogar noch weiter und erklärte, es sei durchaus verständlich, daß Länder wie Indonesien sich keinem Militärpakt anschließen wollen — auch die Vereinigten Staaten hätten in der ersten Zeit nach der Erringung der Unabhängigkeit eine solche Politik verfolgt. Am 23. März forderte Dulles in einer Fernsehansprache das amerikanische Volk zu einer neuen Haltung gegenüber den Völkern Asiens auf. Diese seien gerne bereit, die materiellen und technischen Errungenschaften Amerikas anzunehmen, wenn Amerika andererseits die geistige Welt Asiens zu respektieren bereit sei. Die Zukunft gehöre der „Unabhängigkeit“, der „Freiheit“ und der „Vielgestaltigkeit“. Dieser Ton ist sowohl für die Asiaten wie für die Amerikaner neu. Denn bisher galt für die Verteilung der amerikanischen Auslandshilfen der Grundsatz vieler amerikanischer Politiker: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ Die Aktionen der Sowjets zwingen jetzt den Westen, seine Politik der Hilfen ebenfalls auf eine neue, psychologisch günstigere Basis zu stellen.

Die Politik der Geburtenverhütung

Wird es dem Westen gelingen, das Vertrauen der unterentwickelten Völker in die Uneigennützigkeit der west-

lichen Hilfen zu gewinnen? — Zu dieser Frage hat sich der bekannte spanische Soziologe Martín Brugarola SJ eingehend geäußert (in „Fomento Social“, Vol. 11, Nr. 41, Januar/März 1956, S. 11—30).

Brugarola geht sein Thema unter folgendem Gesichtspunkt an: wie verhalten sich die beiden Machtblöcke gegenüber dem Problem der Übervölkerung in den unterentwickelten Ländern? — Seine Antwort, die auch unseren Lesern bekannt ist, lautet: die angelsächsische Welt wendet die Praxis der Geburtenbeschränkung nach neomalthusianischem Rezept an, die Sowjets fordern — vorläufig jedenfalls — uneingeschränkte natürliche Vermehrung und verwirklichen diese Forderung in ihren eigenen Gebieten, soweit sie zu den unterentwickelten Ländern gehören.

Brugarola stellt sich auch die Frage, warum die angelsächsischen Völker eine Politik der Geburtenverhütung betreiben. Er macht das am Beispiel der Vereinigten Staaten deutlich. Er stellt fest: In den USA gibt es die Vereinigung für Geburtenregelung. Es arbeiten in deren Dienste wenigstens 537 Kliniken, in denen jedermann Informationen über Geburtenverhütung erhalten kann. In 27 Bundesstaaten der Union ist diese Kontrolle gesetzlich verankert. Gegen wen richten sich diese Maßnahmen? Brugarola sagt: ausschließlich gegen Arme, Einwanderer und Farbige. Die besitzende Schicht sucht diesen Bevölkerungskreisen immer wieder klar zu machen, daß sie in einem so hochzivilisierten Lande wie den USA gar nicht in der Lage sind, mehrere Kinder unter den Bedingungen des allgemeinen hohen Lebensstandards zu unterhalten; daher fordert man sie unausgesetzt auf, Geburtenverhütung zu betreiben. In einem Lande wie den Vereinigten Staaten, das überhaupt kein demographisches Problem im Sinne der Übervölkerung kennt, ist das grotesk, sagt Brugarola. Tatsächlich gehe es um etwas ganz anderes: Der Malthusianismus ist eine Waffe, die Vorherrschaft der weißen Rasse in den Staaten zu sichern. „Um ihre Vorrangstellung zu wahren, ziehen es die Weißen vor, statt die Fruchtbarkeit ihrer Frauen voll auszuschöpfen die der Neger, Einwanderer und Armen zu vermindern.“ (Auch das ist ein Aspekt, der symptomatisch für die derzeitige Rassenauseinandersetzung in den USA ist, über die wir in diesem Heft S. 365 berichten.) Brugarola entlarvt die Aktionen der Neomalthusianer in den USA als eine nur scheinbare Fürsorge für die „zweitklassigen“ Bundesbürger. Letztlich ist der Neomalthusianismus in den Vereinigten Staaten nichts anderes als rücksichtsloser Egoismus der Weißen.

Natürlich ist es nicht so, daß sich alle Verfechter der malthusianischen Thesen dieses Zusammenhanges bewußt sind. Viel eher ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Anhänger der Geburtenverhütung tatsächlich davon überzeugt ist, dieser Weg sei der einzig gangbare zur Überwindung der Not und des Hungers sowohl in den USA wie in den unterentwickelten Ländern. Ihrem Druck ist es zuzuschreiben, daß die USA einen großangelegten Feldzug zur Geburtenverhütung in allen unterentwickelten Ländern ihres Einflußbereiches gestartet haben bzw. durchzuführen suchen.

Beispiele: Puerto Rico und Japan

Brugarola weist hier zunächst auf das Beispiel Puerto Ricos hin. Diese Insel ist amerikanischer Kolonialbesitz. Auf Grund der Gesetzgebung von 1937, die Geburten-

verhütung im Sinne des Neomalthusianismus vorsieht, haben die Amerikaner Kliniken und Beratungsstellen eingerichtet. Zwischen 1937 und 1947 haben 50 000 Frauen von diesen Einrichtungen Gebrauch gemacht. Das sind 10% der gesamten erwachsenen weiblichen Bevölkerung der Insel. Allein im zweiten Drittel des Jahres 1944 wurden in einer Klinik einer nordamerikanisch-protestantischen Sekte von 121 Frauen, die „behandelt“ wurden, 103 einfach sterilisiert. Weitere Schwerpunkte der amerikanischen Bevölkerungspolitik sind Ceylon, Indien und vor allem Japan.

In Japan wurden systematische „Aufklärungsfeldzüge“ mit großem finanziellem Aufwand durchgeführt. Bereits 1948 sah sich auf Grund dieser Aktionen das japanische Parlament veranlaßt, „seinen guten Willen zu zeigen“, und führte das sogenannte Eugenic Protection Law ein, das Abtreibung zuläßt und Geburtenkontrolle unter staatlichen Schutz stellt. Nach „Migration News“ (Nr. 1, 1956), dessen Zahlen Brugarola z. T. übernommen hat, betragen nach den Statistiken des japanischen Gesundheitsamtes die Zahlen für offene Abtreibungen: 1949 246 104, 1950 489 111, 1951 638 350, 1952 805 524, 1953 1 067 104. Für 1954 werden sie auf rund 1 140 000 geschätzt. Offizielle japanische Stellen meinen indessen, daß die Zahl aller Abtreibungen (also einschließlich der privaten, die nicht auf operativem Wege vorgenommen werden) um das Dreifache höher ist. „Migration News“ berichtet, daß 1954 in Japan 700 „Eugenische Beratungsstellen“ bestanden, die von 7000 Ärzten und 13 000 staatlich anerkannten „Ratgebern“ besetzt waren. Bis 1955 (Oktober) hatte sich die Zahl der „Instruktoren“ auf 30 000 erhöht. Mit einer großen Sterilisationskampagne hat man eben begonnen.

Dazu sagt Brugarola: „Christen wie Nichtchristen in Japan können nicht verstehen, wie eine Nation, die sich christlich nennt und die sich rühmt, christliche Prinzipien in Japan zu verbreiten, die hier eine Million Bibeln verkaufen ließ, ‚Experten‘ beauftragt, um im Namen der Wissenschaft und der Demokratie die Japaner in der Verletzung natürlicher und göttlicher Rechte zu unterweisen. Alle Missionare bezeugen, daß auch die Nichtchristen diesen Methoden widerstehen, nicht nur weil sie gegen die sozialen Sitten und die japanische Tradition verstoßen, sondern weil sie fühlen, daß diese Praktiken zutiefst böse sind.“ Das Ergebnis, das bei solchen Unternehmen herauskommt, wird — abgesehen von einzelnen Augenblickserfolgen — niemals das gewünschte sein können. Die farbigen Völker sind von einem tiefen Mißtrauen gegenüber solchen Bestrebungen erfüllt. Sie entspringen einer Mentalität, die von der ihren grundsätzlich verschieden ist. Sie wehren sich dagegen, indem sie in ständig steigendem Maße darauf hinweisen, daß ihre Bevölkerungszunahme, verglichen mit denen anderer Länder weißer Bevölkerung, ganz normal ist, wobei sie die Vereinigten Staaten besonders gern als Beispiel anführen.

Auswanderung

Im allgemeinen lehnen heute die Bevölkerungsexperten den Gedanken ab, man solle den überbevölkerten Ländern durch eine großzügig gehandhabte Auswanderung helfen. Auch Sauvy nennt diesen Ruf nach Auswanderung und Umsiedlung eine Utopie. In Ländern, deren Bevölkerung jährlich um 3% zunimmt, die sich also in 25 bis 30 Jahren verdoppeln, sei jede Form von Auswanderung nicht

mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Vorschlag, man packe die Auswanderwilligen in ein Schiff und bringe sie über den Ozean in die Länder, in die sie wollen, sei kindlich. Auswanderung kostet Geld. Sie ist praktisch eine Investition, von der man nie weiß, ob sie sich rentieren wird.

Die „International Catholic Migration Commission“ (ICMC) hat Anfang dieses Jahres eine Übersicht über die überseeische Wanderungsbewegung zwischen 1946 und 1955 veröffentlicht. Danach wanderten aus nach:

USA	1 951 300
Kanada	1 232 000
Australien	997 600
Neuseeland	159 400
Argentinien	783 600
Brasilien	645 800
Südafrika	174 400

Das sind insgesamt knapp 6 Millionen Auswanderer. Bemerkenswert sind die Herkunftsländer der Wanderer. Etwa eine Million waren Displaced persons, die zwischen Juli 1947 und Dezember 1951 umgesiedelt wurden. Die eine Million australischer Einwanderer setzt sich zusammen: 48% Briten, 11% Italiener, 7,4% Polen, 7,2% Holländer, 4,3% Deutsche, 3,2% Griechen, 2,7% Jugoslawen, 2,2% Ukrainer, 2% Letten, 1,4% Ungarn, 1,2% Tschechen, 1% Litauer. Für Kanada lauteten die entsprechenden Zahlen: 35,3% Briten, 13,9% Deutsche, 10,2% Italiener, 9,7% Holländer, 5,5% Polen. Für die Vereinigten Staaten lauteten die Zahlen für 1954 und 1955 ungefähr gleichbleibend: Europa 53%, Asien 5%, Nordamerika (d. h. Kanada) 37,5%, Südamerika 2,5%, Afrika 0,5%, Australien 0,3%.

Wir wissen nicht, ob Brugarola diese Zahlen vorgelegen haben. Aber er stellt genau die Frage, die sich jedem Betrachter unweigerlich aufdrängt: Warum verteilen sich die Quoten gerade so? Brugarola sagt: „Es ist einfach absurd, zu sehen, wie angelsächsische Länder mit sehr schwacher Dichte, vielem Land und wenigen Menschen, wie die USA, Australien, Neuseeland und Kanada, Einwanderung im großen Stil aus angelsächsischen Ländern (England, Schottland, Irland, Kanada) forcieren, aus Ländern also, die überhaupt keine Notwendigkeit, jedenfalls keine drängende, zur Auswanderung verspüren. Die Kommission für Bevölkerungsfragen in England erklärte vor kurzem, daß die Forderungen der Länder des Commonwealth nach englischen Einwanderern viel größer seien, als Großbritannien jemals erfüllen könnte.“

Wenn man das sieht, meint Brugarola, wird man unsicher, ob all die Argumente, die auf die Schwierigkeiten einer großangelegten Auswanderungsbewegung hinweisen (die im einzelnen Brugarola nicht verkennt), der wirkliche Grund für die heute ins Stagnieren geratene Auswanderung sind. In Wirklichkeit sind diese Schwierigkeiten nicht entscheidend. Der wirkliche Grund ist der — das beweisen die Gesetzgebungen der führenden angelsächsischen Länder: Kein Land will Farbige aufnehmen. Also hat es für sie auch keine Wanderungsmöglichkeiten zu geben.

W. A. Kaschmitter MM berichtet in „Migration News“ (1, 1956) z. B., daß nur Brasilien jährlich 9 000—10 000 Japaner aufzunehmen bereit ist. Unter solchen Voraussetzungen ist freilich die Auswanderung kein Weg, den überbevölkerten Ländern zu Hilfe zu kommen. Es verdient

festgehalten zu werden, daß dem Vorstoß Präsident Eisenhowers Anfang dieses Jahres zur Lockerung der strengen Einwanderungsbestimmungen in die USA vom Kongreß wenig Chancen eingeräumt wurden, obwohl Eisenhowers Vorschlag lediglich Austauschmöglichkeiten der nationalen Quoten auf kontinentaler Basis vorsah (also: erfüllen die Skandinavier z. B. ihre im Gesetz festgelegte Einwanderungsquote pro Jahr nicht, dann können sie die Restquote z. B. deutschen oder spanischen Einwanderungswilligen nach den USA abtreten, *nicht* aber Angehörigen afrikanischer oder asiatischer Völker).

Dadurch daß diese Einwanderungspraxis (zuungunsten der farbigen Völker) von den einzelnen Ländern rechtlich sanktioniert ist, gibt es nach Brugarola auch für die farbigen Völker mit hoher Geburtenzahl keine Möglichkeit, ihre berechtigten Anliegen vor einem internationalen Gremium vorzutragen. Brugarola läßt keinen Zweifel darüber, daß die Ablehnung jeder farbigen Wanderung durch die führenden angelsächsischen Völker genau ihren Techniken der Geburtenverhütung entspricht. Ihre Aktionen dienen weniger der Hilfe für die unterentwickelten Länder als vielmehr der Erhaltung der weißen Vorherrschaft im internationalen Kräftespiel. Und das durchschauen heute auch die farbigen Völker.

Brugarola geht in seinen Prognosen mit dem amerikanischen Bevölkerungsexperten, Dr. Thompson, einig: „Ich fürchte, daß eines Tages die farbigen Völker die weißen Völker verdrängen, daß sie das bevölkerungspolitische, militärische, wirtschaftliche und politische Gleichgewicht zerstören werden, und zwar auch die unterentwickelten Völker, die heute dem Westen noch günstig gesinnt sind.“ „Die gegenwärtige immigrationsfeindliche Politik einiger Länder . . . zielt einerseits darauf ab, ihre Bevölkerungen vor Rassenmischungen freizuhalten, andererseits (durch neomalthusianische Praktiken) eine Veränderung der internationalen demographischen Verhältnisse zu verzögern, damit so der Status quo bewahrt wird, der ihnen ihre führende Stellung sichert.“

Worin besteht die „führende Stellung“ der weißen Völker?

Man könnte versucht sein, anzunehmen, daß die heute noch bestehende Vorherrschaft der weißen Völker in Hinblick auf die weltweite Auseinandersetzung mit dem Kommunismus für alle nichtkommunistischen Völker von entscheidender Notwendigkeit ist. Verstehen die weißen Völker ihren Führungsanspruch unter diesem Gesichtspunkt? — Brugarola verneint diese Frage. Das Interesse der westlichen Völker konzentriert sich nicht auf einen Führungsanspruch sittlicher und kultureller Natur. Im Anschluß an Savvy stellt Brugarola folgende Überlegung an: Es gibt reiche zivilisierte Völker, er führt hier die angelsächsischen auf, mit relativ geringem Bevölkerungsnachwuchs. Demgegenüber stehen Völker, die arm und unzureichend genährt sind, mit sehr hohem Bevölkerungsnachwuchs. Der Gegensatz ist am stärksten zwischen den unterentwickelten Völkern und den Vereinigten Staaten. Die USA haben eine beherrschende wirtschaftliche Stellung inne, wobei ihre Bedürfnisse ständig steigen. Lange Zeit betrieben die USA Ausfuhr von Grundstoffen. Heute führen sie 9% aller Grundstoffe ein, die sie zur Wahrung und Steigerung ihres Lebensstandards benötigen. Mit anderen Worten: ihre eigene hochentwickelte Wirtschaft reicht für den eigenen Bedarf nicht mehr aus. 1975, so schätzt man, wird sich dieser Prozentsatz an Ein-

führen für die USA von 9 auf 20 erhöht haben. Das heißt: Mit einem Anteil von 8% an Erdoberfläche und von 9,5% der Erdbevölkerung benötigen die USA für ihren eigenen Bedarf 60% der Weltproduktion.

Können die USA bei einem solchen gewaltigen Konsum, den sie offenbar für lebensnotwendig erachten, überhaupt an der wirtschaftlichen Erschließung der unterentwickelten Länder interessiert sein, fragt Brugarola. Eine wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder hätte doch zunächst zur Folge, daß der Verbrauch an Grundstoffen auch in den unterentwickelten Ländern steigen würde. „Es ist daher gar nicht zu verwundern, daß sich die Wirtschaftspolitik der zivilisierten Länder einer Produktionssteigerung von Grundstoffen auf der Erde widersetzt, weil sie unausweichlich auch von einem stärkeren Konsum dieser Güter begleitet wäre.“ Zur Zeit besteht ein eklatanter Unterschied zwischen der Produktionssteigerung in den technisch erschlossenen Ländern und der progressiven Bevölkerungsentwicklung in den unterentwickelten Ländern. Wenn schon die westlichen Völker heute in Hinblick auf die Sowjets nicht mehr wagen, die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Länder aufzuschieben, so versuchen sie doch ein Tempo einzuschlagen, das die heute herrschenden Weltwirtschaftsverhältnisse möglichst unangetastet läßt. Aus dieser Spannung rührt der Konflikt, der heute in den USA zwischen der Gruppe herrscht, die auf die Erhaltung ihres Lebensstandards bedacht ist, und derjenigen, die sich für die Verwirklichung des Trumanschen Punkt-Vier-Programms einsetzt. Bis jetzt haben sich die Anhänger des „Lebensstandards“ behaupten können.

Allein schon eine bemerkenswerte Erhöhung der Bevölkerungszahlen gefährdet die wirtschaftlich führende Position der westlichen Völker unter den gegebenen Voraussetzungen. Daher immer wieder die Aufrufe zur Geburtenbeschränkung. Man lehnt eine Umstellung der Weltwirtschaft ab, weil sie unweigerlich den Lebensstandard der führenden Völker drücken würde. „Wenn die unterentwickelten Länder wirklich ‚entwickelt‘ würden — bevölkerungspolitisch, wirtschaftlich, in dem Wissen um ihre Rechte auf einen höheren Lebensstandard . . . dann werden diese Völker ihre Rechte auf eine stärkere Beteiligung an den Gütern der Welt vernehmlich anmelden. Das ist es, was die heute privilegierten Völker unausgesetzt beschäftigt.“ „Der amerikanische Arbeiter weiß, daß sein Lebensstandard wenigstens zwanzigmal höher ist als der des indischen oder ägyptischen Arbeiters, er weiß auch, daß er im Falle einer Evolution der unterentwickelten Völker mehr zu verlieren hat, als ihm die Verteilung sämtlicher Reichtümer von Ford oder Rockefeller einbringen könnte. Und das englische Gewerkschaftsmitglied weiß, daß ein Verlust des Öls im Vorderen Orient oder des Gummis oder Zinns auf Malaya seinen Lebensstandard sehr viel stärker drücken würde, als ihm eine Verteilung der Reichtümer aller englischen Herrensitze einbrächte.“

Folgerungen

Nach dem Gesagten ergibt sich folgendes:

1. Will man überhaupt das erschütterte Vertrauen der farbigen Völker gegenüber den weißen wiederherstellen, weil man davon überzeugt ist, daß der Weg dieser Völker nur an der Seite der Freien Länder entlang führen darf, dann muß man in Zukunft „Hilfen“ aufgeben, die für

den unverbildeten Menschenverstand Verbrechen sind. Die Unzulänglichkeit und Unhaltbarkeit der neomalthusianischen Doktrin ist auch unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten von den Fachleuten auf dem Zweiten Internationalen Kongreß für Bevölkerungspolitik in Rom nachgewiesen worden.

2. Die Hilfsmaßnahmen des Westens müssen die farbigen Völker erkennen lassen, daß man die in der Charta der Menschenrechte verbrieften Grundrechte auf alle Völker anzuwenden gewillt ist. Dazu gehört auch das Recht auf Auswanderung. Ob Emigration für die überbevölkerten Länder in großem Umfang durchführbar ist und damit eine wirkliche Hilfe bedeutet, ist eine rein empirische Frage. Sie hat mit dem grundsätzlichen Recht auf Auswanderung überhaupt nichts zu tun.

3. Man muß sich im Westen klar darüber werden, ob man gewillt ist, auf einen Teil seines hohen Lebensstandards zugunsten der berechtigten Forderungen der farbigen unterentwickelten Länder zu verzichten. Das ist keine Frage an die Regierungen, sondern an jeden, der am Zivilisationskomfort teilhat. Glaubt man nicht, auf diese Art von „Herrschaft“ verzichten zu können, dann darf man sich nicht darüber wundern, wenn sich die farbigen Völker auf die Seite des Gegners schlagen, selbst wenn sie das nicht wollten. Sie haben auf die Dauer nur die Wahl zwischen dem Westen und dem Ostblock. Nathaniel Pfeffer hat unlängst am Beispiel Südvietnams nachgewiesen (in „Dokumente“, Februar 1956, S. 26—34), daß alles darauf ankommt, den Völkern Asiens positive Alternativen zu öffnen. Eine Alternative zwischen einer französischen Kolonialherrschaft ohne Kommunismus und einer kommunistischen Herrschaft ohne Frankreich bedeutete für Vietnam keine echte Wahl. Der Westen aber hatte damals keine anderen Alternativen zu bieten.

Die Chancen Sowjetrußlands

Man kann sagen, das sei alles richtig. Das Problem sei aber für die Freien Völker der Erde so schwierig und so weittragend, seine Lösung so folgenswer, daß man nichts überstürzen dürfe. Man müsse sich also Zeit nehmen. Dieser Einwand hätte jedoch nur dann Geltung, wenn nicht heute auf der anderen Seite der Sowjetblock den unterentwickelten Ländern seine Hilfen anböte. Brugarola weist überzeugend nach, daß die Argumente der Sowjets gegen die westliche Bevölkerungspolitik für die Farbigen absolut schlüssig sind.

Für die Kommunisten ist die malthusianische Politik eine günstige Gelegenheit, die westlichen Länder anzuprangern. Sie sagen: Daß es eine Überbevölkerung in einzelnen Ländern gibt, ist allein Schuld der kapitalistischen Ordnung. Statt die Wirtschaft der Bevölkerung anzupassen, versucht das kapitalistische System, die Bevölkerung der Wirtschaft anzupassen. Auf dem römischen Kongreß für Bevölkerungsfragen verweigerten die sowjetischen Vertreter jedem Vorschlag, antikonzepzionelle Mittel in den unterentwickelten Ländern zu verteilen, ihre Zustimmung. Sie erklärten, der Malthusianismus sei eine Doktrin der führenden dekadenten Völker, die sich weigerten, anderen Völkern Platz zu machen. In der Kommission der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen erklärte der jugoslawische Vertreter, Vogelnik: „Ihr Kapitalisten lehnt Planwirtschaft ab. Aber auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik wollt ihr Planwirtschaft betreiben, um

eure blutarme Wirtschaft zu retten. Wir hingegen wollen die Wirtschaft der Bevölkerung anpassen.“

Nun stellen solche an sich durchaus berechnete Einwände der Kommunisten nach Brugarola rein taktische Manöver dar. Für die Kommunisten bilden derartige Kontroversen Agitationsmaterial; ihre bevölkerungspolitischen Grundsätze sind nicht mehr als Kampfdoktrinen. Vorläufig kennen die Russen kein Problem der Überbevölkerung. Soweit Kommunisten in „kapitalistischen Ländern“ leben, bedienen sie sich genauso wie ihre Gegner der Mittel der Geburtenverhütung. Sobald die Russen sich schwierigen bevölkerungspolitischen Fragen gegenübergestellt sehen würden, wäre es sehr gut möglich, daß sie die heute gängigen westlichen Argumente übernehmen würden, ja das sei sogar wahrscheinlich; denn ein strenges planwirtschaftliches Denken kann auf die Dauer gegen den Malthusianismus gar nicht immun sein.

Trotzdem ist, wie Brugarola übereinstimmend mit Sauvy sagt, die Anziehungskraft der sowjetischen Ideologie gerade in dieser Frage auf die jungen und alten Völker des Ostens beträchtlich. Sie übertrifft die der westlichen Propagandisten meilenweit, eben weil die malthusianische Lehre in Asien und Afrika keinerlei Vertrauen genießt. Zur Frage der Auswanderung meint Brugarola, niemand würde doch im Ernst glauben, daß die Kommunisten damit nicht fertig würden. Man ist in Rußland gewohnt, ständig 10 Millionen Menschen innerhalb der eigenen Grenzen zu verschieben. Der Vertrag von Potsdam legte auf russischen Antrag einfach die Auswanderung von 12 Millionen Menschen fest. Rußland hätte nicht die geringsten Schwierigkeiten, alle Einwohner Australiens und Neuseelands, die zusammen noch nicht einmal die Summe der deutschen Ostflüchtlinge ausmachen, nach den USA und Kanada umzusiedeln, „wobei sie sicher nicht solches Elend durchmachen müßten wie die 12 Millionen europäischer Flüchtlinge“. Das würden freilich Zwangsumsiedlungen sein, und die Sowjets würden sie durchsetzen. Wieviel einfacher müßte es sein, Leute, die auswandern wollen, dahin zu bringen, wo sie den notwendigen Lebensunterhalt finden?

Kapitalbildung in Sowjetrußland

Wenn man einmal annimmt, der Westen böte in den unterentwickelten Ländern den Sowjets keine Angriffsflächen und Agitationsmöglichkeiten durch eine ungeschickte und törichte Argumentation zugunsten unverantwortlicher Mittel wie Geburtenbeschränkung und Sperrung jeder Auswanderung für Farbige, die Auseinandersetzung zwischen den beiden Machtblöcken würde auf rein wirtschaftlicher Basis entschieden, welche Chancen hätten dann die Sowjets?

Zu dieser Frage hat Johannes Messner in „Wort und Wahrheit“ (Dezember 1955, S. 897—910) bemerkenswertes Material vorgelegt. Messner schildert zunächst unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Anstrengungen der Sowjets, den industriellen Vorsprung des Westens aufzuholen. Entscheidend für den geplanten Industrialisierungsprozeß ist die Kapitalbildung. Diese wird in Rußland in einem unerhörten Ausmaß auf Kosten des Verbrauchers und des Lebensstandards vorangetrieben. Nach Abram Bergson (von Messner zitiert) wächst das Nationaleinkommen Rußlands jährlich um 7,5 %, die Industrieproduktion um 8 %. „Das heißt, daß das verhältnismäßige Anwachsen des Nationaleinkommens in

Rußland rascher als in jedem Lande des Westens erfolgt und daß die industrielle Gesamtproduktion in wenigen Jahrzehnten wesentlich größer sein wird als in den Vereinigten Staaten“ (Messner). Für die Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften ist ihre Kapitalbildungs- und -investitionsrate entscheidend. „Sie beträgt nach Ellis in Sowjetrußland 32 % des Sozialprodukts und ist weitaus die höchste der Welt (in USA 16 %, allerdings von einem heute dreimal so großen Sozialprodukt).“ Messner gibt dann einige Daten sowjetischer Wirtschaftspolitik vor allem in den Gebieten des Kaspischen Sees und des russisch-asiatischen Raumes, die auch den Skeptiker davon überzeugen, daß nicht alles Propaganda ist, was die Russen sagen.

Daß sich dieser Prozeß der Kapitalbildung in Sowjetrußland grundlegend von dem der westlichen Demokratien unterscheidet, spielt unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten keine Rolle, sagt Messner. Von der Kapitalbildung der staatlichen Gemeinschaften hängt ihr Wirtschaftspotential der nächsten Generationen ab, „von ihrem Wirtschaftspotential hängen die beiden die Zukunft des ‚kalten Krieges‘ bzw. der ‚friedlichen Eroberungspolitik‘ entscheidenden Faktoren ab; erstens das Wirtschaftspotential als Mittel der Weltpolitik, zweitens der Lebensstandard, das Sozialpotential, als Mittel der Weltpropaganda“. Das Sozialpotential Rußlands steht sicher hinter dem des Westens weit zurück. Aber dieser Vorsprung kann rasch schwinden, nämlich dann, „wenn in Rußland der Ausbau der Schwerindustrie und der Bodenerschließung mit den Mitteln der Kapitalbildung und des Kapitaleinsatzes hinreichend fortgeschritten ist und dazu der Rüstungsaufwand wesentlich gekürzt wird“. Die Schätzung der Zeitspanne, innerhalb deren Rußland den westlichen Lebensstandard erreichen dürfte, ist für die hier gestellte Frage nicht entscheidend.

Diese Fakten muß man sich nüchtern vor Augen halten, wenn man die Chancen der Sowjets in der Auseinandersetzung der beiden Weltmächte um die unterentwickelten Völker beurteilen will. Wenn alles darauf ankommt, Kapital für die Erschließung dieser Länder bereitzustellen, dann haben die Sowjetrussen effektive Aussichten auf Erfolg. Sie haben sie um so mehr — und damit kommt Messner auf die Wirtschaftspolitik des Westens zu sprechen —, je weniger sich der Westen der Bedeutung dieser Frage bewußt ist und, angenommen er wüßte um diese Zusammenhänge, je weniger er gewillt ist, sich Opfer aufzuerlegen, d. h. Konsumverzicht zu üben. „Die heutige westliche Demokratie wird von den großen Interessenmächten großenteils als Mechanismus verstanden mit dem Zweck, mit allen verfügbaren Druckmitteln das meiste für ihren eigenen Lebensstandard herauszuholen.“ Die Zeit arbeitet für die Sowjets. Sie werden ihr Ziel, die Bolschewisierung des Proletariats in den unterentwickelten Ländern, um so eher erreichen, je weniger der Westen seine letzte Chance zu nützen versteht: nämlich „durch Hebung des Lebensstandards jener Völker ihnen den Übergang des Westens von einem ‚Ausbeutungsimperialisismus‘ zu einem ‚Sozialimperialisismus‘ zu beweisen“. Unter „Sozialimperialisismus“ versteht Messner „eine geistige Eroberung jener Völker für die Grundwerte der westlichen Welt durch eine Weltwirtschafts- und Weltsozialpolitik, die sie der rasch voranschreitenden Angleichung des Lebensstandards versichert“. Das ist jedoch nur möglich, wenn in den Einkommenshaushalten der westlichen Län-

der die Kapitalbildungsrate wesentlich höher ist als die Konsumrate. Vorläufig verläuft jedoch bei uns die Entwicklung in umgekehrter Richtung. Wenn sich die Bevölkerung der westlichen Länder, sowohl auf Seiten der Arbeit wie des Kapitals, diesem einzigen Ausweg aus dem Dilemma verschließt, dann muß — das fordert Sauvy — die staatliche Gewalt diesen Weg erzwingen, selbst auf die Gefahr hin, daß der Westen tatsächlich seine wirtschaftliche Führerstellung an die aufstrebenden Völker Asiens und Afrikas verlieren sollte (Brugarola). Auch dann hätte er nicht mehr als „nur seine Pflicht getan“.

Eigentumsbildung und Einkommen in Westdeutschland

Die Reform der deutschen Sozialversicherung (vgl. die Berichte in ds. Jhg., S. 285 und 336) soll für etwa zwei Drittel des Volkes ausreichende Vorsorge gegen die Notfälle des Lebens treffen. Man geht von der Annahme aus, daß diese Vorsorge und mit ihr die soziale Sicherheit nur durch den solidarischen Beitrag der gesamten Wirtschaftsgesellschaft in Gegenwart und Zukunft gewährleistet werden kann. Das ist eine selbstverständliche Voraussetzung. Nicht ebenso einig sind die Geister über das Ausmaß und die Form dieser Solidarität. An dieser Frage entzündet sich der Gegensatz zwischen den verschiedenen ethischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auffassungen.

Wirtschaftlich betrachtet, geht es um den Schlüssel für die Aufteilung des Sozialproduktes zwischen Konsum und Rücklage. Wieviel von den Früchten der Arbeit kann verbraucht, wieviel muß gespart werden? Höhere Löhne oder höhere Renten steigern die Nachfrage nach Konsumgütern, können also die Rücklagen beeinträchtigen und die Produktionsfähigkeit oder Rationalisierung hemmen. Sie können andererseits die Produktion für den Inlandsabsatz anregen, die Konjunktur beleben, dadurch aber auch Preissteigerungen und schließlich eine Art von Inflation herbeiführen.

Gesellschaftlich gesehen, liegt das Problem darin, wer die Aufgabe der Rücklagenbildung erfüllen und von den wirtschaftlichen Grundlagen her die soziale Sicherheit garantieren soll. Will man einen Versorgungsstaat schaffen, der allen Bürgern Sicherheit in allen Lebenslagen garantiert, und zwar in vollem Umfang? Dann wird er entweder das Sozialprodukt, soweit es zurückgelegt werden muß, wegsteuern oder selbst zum Träger der Wirtschaft werden müssen, und der einzelne wird ihm gegenüber dann vollends unselbständig. Soll man den Unternehmern und Unternehmungen diese Rolle übertragen? Dann wird so wie bisher der größte Teil des Sozialprodukts in ihr Eigentum übergehen und der Anteil der Löhne relativ niedrig bleiben müssen. Oder soll schließlich jeder selbst in größerem Umfange an der Eigentumsbildung beteiligt werden und damit auch eine höhere Verantwortung für sein und seiner Familie Lebensrisiko übernehmen? Dann müßten die Unternehmungen zugunsten höherer Löhne und Gehälter mehr von ihren Gewinnen abgeben als heute. Diese Löhne aber müßten zurückgelegt, erspart und so in Eigentum verwandelt werden. Je nach ihrem sozialen Standpunkt treten die einen für diese, die anderen für jene Lösung ein, fast immer natürlich für die eine oder andere Variation und Kombination zwischen den verschiedenen Möglichkeiten.